

Anträge zum LPT2015.2 LV Baden-Württemberg

PÄA001 - Quoten.....	1
PÄA002 - Programmgenderisierung.....	1
PÄA003 - Wir sind die Piratinnen und Piraten.....	1
PÄA004 - Verbesserungen und Aktualisierungen.....	2
PÄA005 - Unsere Ziele.....	11
PÄA006 - Unsere Ziele II.....	12
PÄA007 - Streichungen.....	14
PÄA008 - Kirchensteuer.....	15
PÄA009 - Ergänzung Kindergarten.....	16
PÄA010 - Zwangsmitgliedschaft.....	16
PÄA011 - Rheintalbahn.....	17
PÄA012 - Bessere Ausstattung der Polizei.....	17
PÄA013 - Menschenhandel und Zwangsprostitution.....	17
PÄA014 - Bargeldverkehr.....	18
PÄA015 - Inklusionsbeauftragter.....	18
PÄA016 - Stuttgart 21.....	19
PÄA017 - Energiewende und Klimaschutz.....	20
PÄA018 - Terrorismus.....	20
PÄA019 - Inneres und Justiz.....	20
PÄA020 - Wahlrecht.....	21
PÄA021 - TTIP.....	21
PÄA022 - Denkmalschutz transparent gestalten.....	22
PÄA023 - Abschaffung der 2-Meter-Regel.....	22
PÄA024 - Stuttgart 21 II.....	23
PÄA025 - Stuttgart 21 III.....	24
PÄA026 - Wir sind die Piraten II.....	25
PÄA027 - Sofortiger und flächendeckender Glasfaserausbau.....	25
PÄA028 - Funkzellenabfrage einschränken.....	26
PÄA029 - Kein besonderes Kirchgeld für Partner die Mitglied einer nicht steuererhebenden Weltanschauungsgemeinschaft sind.....	26
PÄA030 - Versammlungsrecht.....	27
PÄA031 - Drogenpolitik.....	28
PÄA032 - Schornsteinfeger.....	29
PÄA033 - Gentechnologie in der Landwirtschaft.....	30
PÄA034 - Bürgerentscheide erleichtern.....	30
PÄA035 - Geschlechter- und Familienpolitik.....	31
PÄA036 - Stärkung der Rechte Prostituierter.....	33
PÄA037 - Gleichbehandlung aller Menschen bei der Blutspende.....	35
PÄA038 - Kein Einzug von Kirchensteuern.....	37
SÄA001 - Neugründung von Bezirksverbänden erleichtern.....	39
SÄA002 - Parteienfinanzierung.....	39
X001- Drei Ziele.....	41
X002 - Fünf Ziele.....	41
X003 - Sieben Ziele.....	41
X004 - Anzeigepflichtige Videoueberwachung.....	41
X005 - Mindestens 200€ mehr für den Wahlkampf - Fördermitgliedschaft bei den Jupis beenden.....	42

PÄA001 - Quoten

Beantragt von Volker Dyken

Der Landesparteitag möge beschließen, den Absatz "Quoten" durch nachstehenden Absatz zu ersetzen:

Gesetzlich bestimmte Quoten für Personen in Wirtschaft, Verwaltung oder auf Listen bei Wahlen zur Volksvertretung lehnen wir, egal aufgrund welchen Merkmals, ab. Stattdessen wollen wir die jeweiligen gesellschaftlichen Zugangshürden minimieren und so für eine wirkliche Gleichberechtigung aller Menschen sorgen.

PÄA002 - Programmgenderisierung

Beantragt von Volker Dyken

PÄA002 Modul 1: Gender on

Der Landesparteitag möge beschließen, den Begriff "Pirat" bzw. "Piraten" an jeder Stelle des Programms durch "Piratin und Pirat" bzw. "Piratinnen und Piraten" zu ersetzen.

PÄA002 Modul 2: Gender off

Der Landesparteitag möge beschließen, den Begriff "Piratin und Pirat" bzw. "Piratinnen und Piraten" an jeder Stelle des Programms durch "Pirat" bzw. "Piraten" zu ersetzen.

PÄA003 - Wir sind die Piratinnen und Piraten

Beantragt von Volker Dyken

Der Landesparteitag möge beschließen, den vorgenannten Abschnitt (Wir sind die Piratinnen und Piraten) im Landtagswahlprogramm durch folgenden Text zu ersetzen:

Freiheitsrechte und die Gestaltung der modernen Informations- und Wissensgesellschaft im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger sind die Kernanliegen der Piratenparteien in ganz Europa und weltweit – und natürlich auch bei uns in Baden-Württemberg.

Am 10. September 2006 wurde die Piratenpartei Deutschland in Berlin gegründet.

Bei der Bundestagswahl konnte sie als neue Partei sofort 2% der Stimmen erreichen. Dieses Ergebnis verbesserte sie bei der Bundestagswahl 2013 auf 2,2%.

Bei der letzten Landtagswahl in Baden-Württemberg erreichte die Piratenpartei 2,1%. Bei den darauf folgenden vier Landtagswahlen in Berlin, im Saarland, in Nordrhein-Westfalen und in Schleswig-Holstein zog sie in den Jahren 2011 und 2012 mit Ergebnissen zwischen 7,4% und 8,9% in die Länderparlamente ein. Sie ist seit 2014 außerdem im Europaparlament, in der Stuttgarter Regionalversammlung, im Böblinger Kreistag und in den Stadträten von Bruchsal, Frickehausen, Heidelberg, Göppingen, Karlsruhe, Konstanz, Leinfelden-Echterdingen, Stuttgart, Ulm und Weikersheim vertreten.

Der uralte Traum, alles Wissen und alle Kultur der Menschheit zusammenzutragen, zu speichern und heute sowie in der Zukunft verfügbar zu machen, ist durch die rasanten Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte im Bereich der Informationstechnologien in greifbare Nähe gerückt. Wie jede bahnbrechende Neuerung erfasst diese alle Lebensbereiche und führt zu tiefgreifenden Veränderungen der Gesellschaft. Die Piratenpartei möchte dazu beitragen, dass die Chancen dieser Entwicklungen genutzt werden und kämpft dafür, die Gefahren des Missbrauchs abzuwenden.

Informationelle Selbstbestimmung, freier Zugang zu Wissen und Kultur und die Wahrung der Privatsphäre sind auch in Baden-Württemberg die Grundpfeiler der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts. Nur auf dieser Basis kann eine von den Bürgern getragene, sozial gerechte, freiheitlich-demokratische Grundordnung bewahrt werden. Die Piratenpartei ist Teil einer weltweiten Bewegung, die diese Ordnung zum Vorteil Aller mitgestalten will.

PÄA004 - Verbesserungen und Aktualisierungen

Beantragt von Volker Dyken

Der Landesparteitag möge beschließen, ggf. modular

PÄA004 Modul 1 Der Landesparteitag möge beschließen, nachstehenden Text an geeigneter Stelle in das Landtagswahlprogramm aufzunehmen:

Mehr Bürgerinnen -und Bürgerbeteiligung - weniger Hürden bei Volksbegehren

Die Piratenpartei steht für mehr direkte Beteiligung an öffentlichen Entscheidungen. Daher setzen wir uns auch ganz konkret für eine Förderung von Volksabstimmungen und eine Vereinfachung von Volksbegehren ein.

Für ein Volksbegehren in Baden-Württemberg müssen immer noch Unterschriften

von mindestens einem Sechstel der Wahlberechtigten innerhalb von zwei Wochen gesammelt werden. Die Unterschriften müssen auf dafür extra ausgelegten Eintragungslisten in den Gemeinden erfolgen.

Unter diesen Bedingungen verwundert es nicht, dass es hier noch kein einziges erfolgreiches Volksbegehren gab. Im Volksentscheid-Ranking 2013 des Mehr Demokratie e. V. landete unser Bundesland auf dem letzten Platz mit der Note 5,3.

Wir schließen uns den Forderungen dieses Vereins an: Die Sammelfrist soll auf sechs Monate ausgedehnt und die Anzahl der benötigten Unterschriften auf 5 % (zurzeit ca. 376.000) gesenkt werden. Neben dem Auslegen der Unterschriften in Amtsräumen soll auch ein freies Sammeln gestattet sein. Wir setzen uns zudem dafür ein, jedes zugelassene Volksbegehren grundsätzlich öffentlich im Landtag zu behandeln. Weiterhin wollen wir bei Volksabstimmungen die Abschaffung oder zumindest die Senkung der Mindestzahl an Ja-Stimmen (Zustimmungsquoren).

PÄA004 Modul 2 Senkung des Wahlalters

Der Landesparteitag möge beschließen, den Satz

"Durch die Senkung des Wahlalters sollen in den Schulen demokratische Wissensgrundlagen rechtzeitig vermittelt werden."

zu ändern in

"Durch die Senkung des Wahlalters erhöht sich das Interesse junger Menschen an der Politik und an der Demokratie."

PÄA004 Modul 3 Plattformneutralität - auch für Kunst und Kultur

Der Landesparteitag möge beschließen, den Absatz

"Der Kern piratiger Politik ist die Plattformneutralität. Kulturpolitik bedeutet für uns, dass jede Person die Möglichkeit haben soll, Kunst und Kultur zu genießen und auch selbst zu schaffen. Für uns Piratinnen und Piraten ist es nicht relevant, ob Kultur im analogen oder im digitalen Raum stattfindet. Die Barrieren müssen verringert und letztendlich beseitigt werden. Wichtig dafür sind die aus Landesgeldern geförderten überregional bedeutsamen Kulturbetriebe. Diese müssen in die Pflicht genommen werden, sich stark ermöglicht in die kommunale Kultur einzubringen. Wir wollen Anreize zu ebenjener Vernetzung zum einen zwischen verschiedenen Kunst- und Kulturschaffenden in kommunalem und überregionalem Kontext und zum anderen zwischen Kulturpolitikerinnen und politikern sowie -ämtern schaffen und dadurch ein lebendiges Miteinander und Synergieeffekte fördern."

zu ändern in

"Piratinnen und Piraten möchten, dass Kunst und Kultur überall geschieht, im analogen und im digitalen Raum. Hierzu wollen wir Barrieren verringern und schlussendlich auch beseitigen. Netzwerkarbeit ist dabei ein Schlüsselbegriff. Indem wir überregionale Kulturbetriebe aus Landesgeldern fördern oder Vernetzungsarbeit zwischen Kulturpolitikerinnen und -politikern mit Künstlerinnen und Künstlern vorantreiben, erschaffen wir ein lebendiges Miteinander und nutzen Synergieeffekte."

PÄA004 Modul 4 Zugang zur Museumskultur erleichtern

Der Landesparteitag möge beschließen, nachstehenden Text an geeigneter Stelle in das Landtagswahlprogramm aufzunehmen:

Museen bieten viele Möglichkeiten, den eigenen kulturellen Horizont zu erweitern, Altes und Neues kennenzulernen, zu lernen und Spaß am Entdecken zu haben. Es ist daher von großer Bedeutung, dass Museen und eine zeitgemäße Museumspädagogik gefördert werden, da sie sowohl Bildung als auch Freizeit gestalten können. Alle Bürgerinnen und Bürger müssen, unabhängig von sozialem oder finanziellem Status, barrierefreien und erschwinglichen Zugang zu Museen und damit zu Wissen, Geschichte und Kultur haben können. Wir sprechen uns explizit für eine weitergehende Vernetzung von staatlichen und nicht-staatlichen Museen aus. Wir befürworten eine lebendige gegenseitige Verleihpraxis zwischen unterschiedlichen Museen, die nicht durch extrem hohe Versicherungssummen verhindert wird.

PÄA004 Modul 5 Arbeitsmarktpolitik

Der Landesparteitag möge beschließen, nachstehenden Text an geeigneter Stelle in das Landtagswahlprogramm aufzunehmen:

Wir betrachten die Bereiche Arbeitsmarktpolitik und Sozialpolitik als Einheit. Sie sind gemeinsam für die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben entscheidend.

Die Maßnahmen beider Bereiche beeinflussen sich gegenseitig. Sie müssen gemeinsam gestaltet und beurteilt werden.

PÄA004 Modul 6 Sozialpolitik

Der Landesparteitag möge beschließen, nachstehenden Text an geeigneter Stelle in das Landtagswahlprogramm aufzunehmen:

Wir stehen langfristig für eine Sozialpolitik, die sich an den folgenden beiden Prinzipien orientiert: Eine menschenwürdige Grundsicherung für alle Mitglieder

des Gemeinwesens garantieren und die produktive Verbindung der Sozialpolitik mit der Erwerbsarbeit fördern. Ein sozial befriedigendes Modell der Grundsicherung darf nicht dazu führen, dass längst überfällige Reformen der Arbeitswelt ausbleiben und große Teile der Bevölkerung von der Teilhabe am Arbeitsmarkt oder angemessener Entlohnung für ihre Arbeit ausgeschlossen bleiben.

PÄA004 Modul 7 Sozialer Wohnungsbau

Der Landesparteitag möge beschließen, den Satz

"Die Piratenpartei fordert daher eine dauerhafte Förderung eines gemeinnützigen Wohnungsbaus"

zu ändern in

"Die Piratenpartei fordert daher eine dauerhafte, bedarfsgerechte Förderung eines gemeinnützigen Wohnungsbaus"

PÄA004 Modul 8 Filderbahnhof plus

Der Landesparteitag möge beschließen, den vorgenannten Absatz im Programm wie folgt zu ändern:

Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass der beim Filderdialog als geeignet ausgewählte Vorschlag umgesetzt wird. Dieser beinhaltet den Erhalt der Gäubahn und einen Umsteigebahnhof in Stuttgart-Vaihingen.

PÄA004 Modul 9 Nachhaltige Kulturentwicklung

Der Landesparteitag möge beschließen, den Abschnitt "Nachhaltige Kulturentwicklung" zu ändern in

"Das Land Baden-Württemberg ist ein Flächenstaat: ländliche Gebiete dürfen nicht zur kulturellen Wüste werden, während wenige kulturelle Großprojekte in Millionenhöhe gefördert werden. Eine Vernetzung von Kommunen, Bezirken und Land in Dingen der Kulturförderung ist deshalb unumgänglich. Ziel ist eine nachhaltige Kulturentwicklung und Ideensammlung in Zusammenarbeit mit baden-württembergischen Kunstschaaffenden, den Kommunen, freien Trägern, Jugendkulturgruppierungen und Institutionen der öffentlichen Hand."

PÄA004 Modul 10 Museumspädagogik

Der Landesparteitag möge beschließen, den Absatz

"Die Zusammenstellung, Aufbereitung und zeitgemäße Vermittlung von musealen

Objekten nicht nur einer einzigen Zielgruppe, sondern vieler heterogener gesellschaftlicher Gruppierungen wird im Zeitalter der immersiven Bildung immer wichtiger. Nicht nur Kinder brauchen einen niedrigschwelligen Zugang zu musealer Bildung, auch Erwachsene sollen unter dem Stichwort "lebenslanges Lernen" zu neuen Impulsen und Denkmustern angeregt werden. Eine radikal modernisierte Museumspädagogik kann helfen, angestaubte Inhalte neu zu kontextuieren und größeren Publikumsgruppen näher zu bringen. Kunst zu den Menschen, statt Menschen zur Kunst!"

zu ändern in

"Eine zeitgemäße Vermittlung von Technik, Geschichte oder Kunst muss allen gesellschaftlichen Gruppen zur Verfügung stehen. Heutzutage ist es wichtig, eine umfassende Bildung zu gewährleisten. Dazu gehört es, niedrigschellige Zugänge zu schaffen, die jeder Mensch nutzen kann. Wir sprechen uns für eine moderne Museumspädagogik aus, die Kunst zu den Menschen bringt, statt Menschen zur Kunst."

PÄA004 Modul 11 Bekämpfung von Homophobie

Der Landesparteitag möge den Satz

"Homophobie bezeichnet eine soziale, gegen Lesben und Schwule gerichtete Aversion bzw. Feindseligkeit."

ändern in

"Homophobie bezeichnet eine soziale Aversion gegenüber Menschen, die eine gleichgeschlechtliche Partnerschaft bzw. Sexualität fühlen oder leben."

PÄA004 Modul 12 Zentren für Psychiatrie (ZfP)

Der Landesparteitag möge beschließen, den Abschnitt "Psychiatrische Landeskliniken" durch den Abschnitt "Zentren für Psychiatrie" mit folgendem Inhalt zu ersetzen: Angesichts seelischer Erkrankungen als Folge von zunehmendem Stress und Leistungsdruck wollen wir die vernachlässigten Zentren für Psychiatrie besser ausstatten. In diesem Zusammenhang soll sich auch die Gesundheitsforschung stärker mit den krankmachenden Faktoren in der Arbeitswelt beschäftigen.

PÄA004 Modul 13 Denkmalschutz transparent gestalten

Der Landesparteitag möge beschließen, den nachstehenden Satz aus vorgenanntem Kapitel zu streichen

"Langsam verfallende denkmalgeschützte Bauten, bei denen alle nur auf den Zusammenfall und den Abriss warten, braucht niemand."

PÄA004 Modul 14 Arbeit, Soziales und Gesundheit

Der Landesparteitag möge beschließen, den Satz

Für uns sind Familien all jene Lebenskonstellationen, in denen Verantwortung für Kinder und Eltern übernommen wird. Dabei ist die Anzahl der Verantwortlichen, deren Beziehung zueinander und deren Geschlecht unerheblich.

zu ändern in

Für uns sind Familien all jene Lebenskonstellationen, in denen Verantwortung für Angehörige übernommen wird. Dabei ist die Anzahl der Verantwortlichen, deren Beziehung zueinander und deren Geschlecht unerheblich.

PÄA004 Modul 15 Stärkung der Rechte Prostituierter

Der Landesparteitag möge beschließen, den Satz

Deshalb werden wir alle Sonderregelungen zur Reglementierung von Prostitution dahingehend prüfen, ob sie geeignet, erforderlich und angemessen sind, die Anerkennung und die Rechte von Sexarbeitskräften sicherzustellen. Die Stärkung der Rechte selbstbestimmt tätiger Sexarbeitskräfte ist das beste Mittel gegen jedwede Fremdbestimmung. Sie dient der rechtlichen Gleichbehandlung sowie der freien und ungehinderten Berufsausübung.

zu ändern in

Deshalb werden wir alle Sonderregelungen zur Reglementierung von Prostitution dahingehend prüfen, ob sie geeignet, erforderlich und angemessen sind, die Anerkennung und Rechte von Sexarbeitskräften sicherzustellen. Die Rechte selbstbestimmter und legal tätiger Sexarbeitskräfte zu stärken stellt das beste Mittel gegen jedwede Form der Fremdbestimmung dar. Sie dient der rechtlichen Gleichbehandlung sowie der freien und ungehinderten Berufsausübung.

PÄA004 Modul 16 Gewalt als gesellschaftliches Problem

Der Landesparteitag möge beschließen, den Absatz

Gewalt ist ein gesamtgesellschaftliches Problem. Nach Meinungen von Expertinnen und Experten tragen Computerspiele und Paintball nicht zur Entstehung von Gewalt bei. Deswegen wenden wir uns gegen ein Verbot solcher Spiele und die Kriminalisierung der Spielerinnen und Spieler. Wir unterstützen den Ausbau der Gewaltprävention an Schulen, in Beratungsstellen und Jugendzentren. Hierzu

bedarf es besonders der flächendeckenden Tätigkeit pädagogisch-psychologischer Fachkräfte in diesen Einrichtungen.

zu ändern in

Gewalt ist ein gesellschaftliches Problem. Nach Meinungen von Expertinnen und Experten führen Computerspiele und Paintball allein nicht zur Entstehung von Gewalt. Deswegen wenden wir uns gegen ein gesetzliches Verbot solcher Spiele und gegen die Kriminalisierung der Spielerinnen und Spieler. Wir unterstützen den Ausbau der Gewaltprävention an Schulen, durch Beratungsstellen und Jugendzentren. Hierzu bedarf es besonders der flächendeckenden Tätigkeit pädagogisch-psychologischer Fachkräfte in diesen Einrichtungen.

PÄA004 Modul 17 Gleichbehandlung der Menschen bei der Blutspende 1

Der Landesparteitag möge beschließen, den Absatz

Für die Piratenpartei gilt, dass die Blutspenderauswahlkriterien risikobezogen, unabhängig von der sexuelle Orientierung und anderen, die persönlichen Lebensumstände betreffenden Faktoren, gefasst werden müssen. Die für die Ausgestaltung der Blutspende-Richtlinien Zuständigen, die Landesärztekammern in Zusammenarbeit mit dem Paul-Ehrlich-Institut, werden deshalb von der Piratenpartei aufgefordert, zu prüfen, wie die Gleichbehandlung aller Menschen bei der Blutspende zu gewährleisten ist.

zu ändern in

Für die Piratenpartei gilt, dass Blutspendeauswahlkriterien risikobezogen, unabhängig von der sexuellen Orientierung und anderen, die persönlichen Lebensumstände betreffenden Faktoren, gefasst werden müssen. Die für die Ausgestaltung der Blutspende-Richtlinien Zuständigen sind die Landesärztekammern in Zusammenarbeit mit dem Paul-Ehrlich-Institut. Sie werden von der Piratenpartei aufgefordert, zu prüfen, wie die Gleichbehandlung aller Menschen bei der Blutspende gefahrlos für die Empfängerinnen und Empfänger zu gewährleisten ist.

PÄA004 Modul 18 Gleichbehandlung der Menschen bei der Blutspende 2

Der Landesparteitag möge beschließen, den Absatz

Die Regelung der Blutspenden basieren auf einem im Bundesrat Zustimmungspflichtigen Gesetz. Die Piratenpartei könnte also eine Bundesratsinitiative der Landesregierung fordern. Das ist aber nicht das, was die betroffenen Brauchen. Es muss eine gesellschaftliche Debatte zum Thema geführt werden und diese will die Piratenpartei mit ihrer Positionierung anstoßen.

zu ändern in

Blutspenden regelt ein im Bundesrat zustimmungspflichtiges Gesetz. Die Piratenpartei fordert eine Bundesratsinitiative der Landesregierung. Eine gesellschaftliche Debatte über das Thema ist notwendig. Diese will die Piratenpartei mit ihrer Positionierung anstoßen.

PÄA004 Modul 19 Gleichstellung von Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft

Der Landesparteitag möge beschließen, den Absatz

Wir begrüßen die Gleichstellung von Partnerschaften gleichgeschlechtlicher Paare in Baden-Württemberg und fordern, dass auch auf Bundesebene eine vollständige Gleichstellung erfolgt. Dies sowie das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare wollen wir durch die Initiative Baden-Württembergs im Bundesrat erwirken.

zu ändern in

Wir begrüßen die Gleichstellung von Partnerschaften gleichgeschlechtlicher Paare in Baden-Württemberg und fordern, dass auch auf Bundesebene eine vollständige Gleichstellung erfolgt. Diese Gleichstellung einschließlich des Adoptionsrechts für gleichgeschlechtliche Paare wollen wir durch eine entsprechende Initiative Baden-Württembergs im Bundesrat bewirken.

PÄA004 Modul 20 Bürgerinnen- und Bürgerrechte und Datenschutz

Der Landesparteitag möge beschließen, den Absatz

Die Erleichterung polizeilicher Maßnahmen wie Durchsuchungen oder Feststellung der Personalien ohne konkreten Verdachtsmoment sind in unseren Augen ebenso unverhältnismäßige Grundrechtsverletzungen wie Verschärfungen des Versammlungsrechts.

zu ändern in

Polizeiliche Maßnahmen wie Durchsuchungen oder Personalienfeststellungen ohne konkreten Anfangsverdacht bzw. Schutzauftrag sind in unseren Augen klare Grundrechtsverletzungen, ebenso wie Verschärfungen des Versammlungsrechts.

PÄA004 Modul 21 Versammlungsfreiheit schützen

Der Landesparteitag möge den Absatz

Verschärfungen des Versammlungsrechts bedrohen die freie öffentliche Meinungsäußerung. Zum einen werden dadurch höhere Hürden für die Organisatoren von Versammlungen aufgestellt. Zum anderen werden mögliche

Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Versammlungen durch Maßnahmen wie Videoaufzeichnungen und Personenkontrollen vor Ort von einer Teilnahme abgehalten. Deshalb lehnen wir den allgemeinen und präventiven behördlich angeordneten Einsatz von Überwachungstechnologie bei Demonstrationen ab.

ändern in

Einschränkungen des Versammlungsrechts bedrohen das Recht auf die Freiheit der öffentlichen Meinungsäußerung. Zum Einen werden dadurch höhere Hürden für die Organisation von Versammlungen aufgestellt. Zum Anderen werden manche Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Versammlungen durch Maßnahmen wie Videoaufzeichnungen und Personenkontrollen vor Ort abgeschreckt. Deshalb lehnen wir den allgemeinen und präventiven behördlich angeordneten Einsatz von Überwachungstechnologien bei Demonstrationen ab.

PÄA004 Modul 22 Keine verdachtsunabhängigen Personenkontrollen

Der Landesparteitag möge beschließen, den Absatz

Wir lehnen die Vorverurteilung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder ihres Aussehens ab. Dafür ist in einer aufgeklärten Gesellschaft kein Platz.

Verdachtsunabhängige Personenkontrollen widersprechen außerdem dem Grundsatz der Unschuldsvermutung. Wir werden deswegen verdachtsunabhängige Personenkontrollen untersagen.

zu ändern in

Wir lehnen die Auswahl von Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder ihres Aussehens ab. Dafür ist in einer aufgeklärten Gesellschaft kein Platz.

Verdachtsunabhängige Personenkontrollen widersprechen außerdem dem Grundsatz der Unschuldsvermutung. Wir werden deswegen anlasslose Personenkontrollen untersagen.

PÄA004 Modul 23 Intakte Umwelt ist Grundrecht

Der Landesparteitag möge die Absätze

"Das Recht auf sauberes Wasser, saubere Luft, vitale Böden und einen gemeinschaftlichen Zugriff auf Naturressourcen ist Teil der universellen Menschen- und Bürgerrechte, auch für kommende Generationen.

Überzogene Regulierungen im Interesse von Verwaltung oder Industrie mit dem vorgeschobenen Argument des Umweltschutzes lehnen wir jedoch ab"

ändern in

"Das Recht auf sauberes Wasser, saubere Luft, vitale Böden und ein

gemeinwohlorientierter Zugriff auf Naturressourcen sind Teil der allgemeinen Menschenrechte, auch für kommende Generationen.

Übermäßige Regulierungen im Interesse von Verwaltung oder Industrie mit dem Vorwand des Umweltschutzes lehnen wir jedoch ab."

PÄA004 Modul 24 Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen

Der Landesparteitag möge beschließen, den Satz

"Wir fordern deshalb die Schaffung eines frei zugänglichen Informationssystems für den Zugang zu den Ergebnissen von Lebensmittelkontrollen."

zu ändern in

"Wir fordern ein frei zugängliches Informationssystem, um eine verlässliche Einsicht in die Ergebnisse von Lebensmittelkontrollen zu gewähren."

PÄA004 Modul 25 Nationalpark Nordschwarzwald

Der Landesparteitag möge beschließen, den betreffenden Abschnitt im Landtagswahlprogramm wie folgt zu ändern:

Das Land Baden-Württemberg hat zum 1. Januar 2014 den Nationalpark Nordschwarzwald geschaffen. Dies ist ein wichtiges Projekt, damit das Land seinen Teil zum Umweltschutz und zum Erhalt der Artenvielfalt beitragen kann. Die im Vorfeld getätigten Versprechen müssen nun eingehalten werden. Vor allem die langfristige Finanzierung sowie der Zugang für Besucherinnen und Besucher müssen gewährleistet sein. Der Managementplan muss so gestaltet werden, dass der Nationalpark sowohl Naturschutzgebiet als auch Naherholungsgebiet und nutzbarer Lebensraum für die Menschen bleibt.

PÄA005 - Unsere Ziele

Beantragt von Volker Dyken

Der Landesparteitag möge beschließen, den vorgenannten Abschnitt (Unsere Ziele) im Landtagswahlprogramm zu streichen und lediglich die Überschrift zu belassen.

Die im Wahlprogramm formulierten Ziele sollen anschließend modular beschlossen werden.

PÄA006 - Unsere Ziele II

Beantragt von Volker Dyken

Der Landesparteitag möge beschließen, ggf. modular

PÄA006 Modul 1

Der Landesparteitag möge beschließen, nachstehenden Text an geeigneter Stelle in das Landtagswahlprogramm aufzunehmen:

Demokratische Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern

Eine lebendige Gesellschaft lebt von der politischen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungsprozessen. Wir wollen die Hürden für Volksbegehren senken und uns für mehr Bürgerbeteiligung im Land und in den untergeordneten Verwaltungsebenen einsetzen. Über das Internetportal der Landesregierung zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger hinaus wollen wir erreichen, dass die Politik stärker auf die Menschen zugeht und ihnen mehr Einflussmöglichkeiten gibt.

PÄA006 Modul 2

Der Landesparteitag möge beschließen, nachstehenden Text an geeigneter Stelle in das Landtagswahlprogramm aufzunehmen:

Grundrechte verteidigen

Die Piratenpartei setzt sich für einen stärkeren Schutz und die unbedingte Achtung der Menschen- sowie Bürgerinnen- und Bürgerrechte ein. Die gesamte Politik muss diese Rechte zum Maßstab ihres Handelns machen.

PÄA006 Modul 3

Der Landesparteitag möge beschließen, nachstehenden Text an geeigneter Stelle in das Landtagswahlprogramm aufzunehmen:

Informationelle Selbstbestimmung

Das Recht der Einzelnen, die Nutzung eigener persönliche Daten zu kontrollieren, muss garantiert werden. Dies gilt dem Staat gegenüber ebenso wie im Wirtschaftsbereich. Wir wollen weder gläserne Bürgerinnen und Bürger noch gläserne Konsumierende. Eine flächendeckende Erhebung von Daten über Bürgerinnen und Bürger lehnen wir ab.

PÄA006 Modul 4

Der Landesparteitag möge beschließen, nachstehenden Text an geeigneter Stelle in

das Landtagswahlprogramm aufzunehmen:

Transparenz

Alles staatliche Handeln muss transparent und für jede Person nachvollziehbar sein. Nach unserer Überzeugung ist dies unabdingbare Voraussetzung für eine moderne Wissensgesellschaft in einer freiheitlichen und demokratischen Ordnung. Eine von Lobbyistinnen und Lobbyisten bestimmte Politik des Hinterzimmers zerstört diese Ordnung.

PÄA006 Modul 5

Der Landesparteitag möge beschließen, nachstehenden Text an geeigneter Stelle in das Landtagswahlprogramm aufzunehmen:

Freie Bildung

Jeder Mensch hat das Recht auf freien Zugang zu Information und Bildung. Wir setzen uns dafür ein, jedem Menschen unabhängig von seiner sozialen Herkunft ein größtmögliches Maß an gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen. Bildung ist eine der wichtigsten Ressourcen der Gesellschaft und der Wirtschaft. Nur durch den Erhalt, die Weitergabe und die Vermehrung von Wissen kann auf Dauer Fortschritt und gesellschaftlicher Wohlstand gesichert werden.

PÄA006 Modul 6

Der Landesparteitag möge beschließen, nachstehenden Text an geeigneter Stelle in das Landtagswahlprogramm aufzunehmen:

Keine Patente auf Allgemeingüter

Wir lehnen Patente auf Lebewesen und Gene, auf Geschäftsideen und auch auf Software ab, weil sie die breite wirtschaftliche Entfaltung und die Entwicklung der Wissensgesellschaft behindern. Weiterhin lehnen wir sie ab, weil sie unkontrollierbare und krisenanfällige Machtkonzentrationen schauen und allgemeine Güter ohne angemessene Gegenleistung privatisieren.

PÄA006 Modul 7

Der Landesparteitag möge beschließen, nachstehenden Text an geeigneter Stelle in das Landtagswahlprogramm aufzunehmen:

Open Access

Aus dem Staatshaushalt wird eine Vielzahl schöpferischer Tätigkeiten finanziert. Da diese Werke von der Allgemeinheit finanziert werden, sollten sie dieser auch frei

zur Verfügung stehen.

PÄA006 Modul 8

Der Landesparteitag möge beschließen, nachstehenden Text an geeigneter Stelle in das Landtagswahlprogramm aufzunehmen:

Faires Urheberrecht

Das Urheberrecht muss den Anforderungen der sich entwickelnden Informationsgesellschaft angepasst werden und die Bedürfnisse von Konsumierenden und Produzierenden gleichermaßen berücksichtigen. Eine Gesellschaft, in der die Grenzen zwischen diesen immer mehr verschwinden, kann sich nicht am Urheberrecht einer Kulturepoche passiver Konsumierender orientieren.

PÄA006 Modul 9

Der Landesparteitag möge beschließen, nachstehenden Text an geeigneter Stelle in das Landtagswahlprogramm aufzunehmen:

Geschützte Bürgerinnen und Bürger und eine unabhängige Justiz

Wir, die Mitglieder der Piratenpartei, wünschen uns eine Rechtsprechung, die in der Lage ist, Bürgerinnen und Bürger in ihren Rechten, auch gegen Eingriffe der Exekutive zu schützen. Deshalb sprechen wir uns für mehr Unabhängigkeit von Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten aus.

Gleichwohl befürworten wir mehr demokratische Kontrolle von Polizei, Verfassungsschutz und Justiz.

PÄA007 - Streichungen

Beantragt von Volker Dyken

Der Landesparteitag möge beschließen, ggf. modular

PÄA007 (Streichungsantrag) Modul 1

Der Landesparteitag möge beschließen, den Abschnitt "Die Piraten in Baden-Württemberg" aufgrund inhaltlicher Doppelungen und veralteter Informationen zu streichen.

PÄA007 (Streichungsantrag) Modul 2

Der Landesparteitag möge beschließen, den Abschnitt "Barrierefreies Lernen" zu streichen, da er inhaltlich mittlerweile falsch ist.

PÄA007 (Streichungsantrag) Modul 3

Der Landesparteitag möge beschließen, den Abschnitt "Förderung von offenen Arbeitsstrukturen" mangels allgemeiner Verständlichkeit aus dem Wahlprogramm zu streichen

PÄA007 (Streichungsantrag) Modul 4

Der Landesparteitag möge beschließen, den Satz "Die Einrechnung von Lehrerpensionen lehnen wir als Schönrechnerei ab." aus dem Landtagswahlprogramm zu streichen.

PÄA008 - Kirchensteuer

Beantragt von Volker Dyken

Der Landesparteitag möge beschließen, ggf. modular

PÄA008 (Kirchensteuer) Modul 1 Staatsleistungen an Kirchen beenden

Der Landesparteitag möge beschließen, den Text des vorgenannten Abschnitts wie folgt zu ändern:

Zusätzlich zur Kirchensteuer erhalten die Kirchen vom Land jährlich etwa 100 Millionen Euro. Dies ist Teil der Entschädigung für die Säkularisierung von 1803. Viele Kommunen in Baden-Württemberg müssen eigene Zahlungen an Kirchengemeinden leisten.

Wir möchten diese Zahlungsverpflichtungen von Land und Kommunen gesetzlich beenden und diese Mittel in anderen Bereichen einsetzen.

PÄA008 (Kirchensteuer) Modul 2 Sozialzuschlag

Der Landesparteitag möge beschließen, nachstehenden Text an geeigneter Stelle in das Landtagswahlprogramm aufzunehmen:

Wir streben an, die Kirchensteuer durch einen Sozialzuschlag zu ersetzen. Bei diesem sollen alle Steuerpflichtigen einen Verwendungszweck angeben können.

PÄA009 - Ergänzung Kindergarten

Beantragt von Volker Dyken

Der Landesparteitag möge beschließen, nachstehenden Text zusätzlich an geeigneter Stelle in das Landtagswahlprogramm aufzunehmen:

Diese Voraussetzungen können nur von staatlicher Seite aus geschaffen werden. Ein Erziehungsgeld wie in Bayern lehnen wir ab, da genau die besonders förderungswürdigen Kinder von ihren Eltern nicht in die Einrichtungen gegeben werden.

PÄA010 - Zwangsmitgliedschaft

Beantragt von Volker Dyken

PÄA010 (Wirtschaft) Der Landesparteitag möge eins der nachstehenden Module beschließen

Modul 1 (konkurrierend) Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft in Kammern und Verbänden

Der Landesparteitag möge beschließen, den Abschnitt zu streichen.

Modul 2 (konkurrierend) Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft in Kammern

Der Landesparteitag möge beschließen, den Satz

"Wir planen, die Zwangsmitgliedschaft mit Zwangsbeiträgen in Kammern und Verbänden (in gesetzlich bestimmten Fällen) abzuschaffen und durch eine freiwillige Beitrittsmöglichkeit zu ersetzen. Hierzu wollen wir eine Bundesratsinitiative anregen."

zu ändern in

"Wir planen, die Zwangsmitgliedschaft mit Zwangsbeiträgen in den meisten Kammern abzuschaffen und durch eine freiwillige Beitrittsmöglichkeit zu ersetzen. Ausgenommen von dieser Befreiung sollen nur Betriebe sein, die ausbilden, sowie Betriebe aus dem Zuständigkeitsbereich der Ärzte-, Zahnärzte- und Anwaltskammern. Hierzu wollen wir eine Bundesratsinitiative anregen."

Modul 3 (konkurrierend) Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft in Kammern

Der Landesparteitag möge beschließen, den Satz

"Wir planen, die Zwangsmitgliedschaft mit Zwangsbeiträgen in Kammern und

Verbänden (in gesetzlich bestimmten Fällen) abzuschaffen und durch eine freiwillige Beitrittsmöglichkeit zu ersetzen. Hierzu wollen wir eine Bundesratsinitiative anregen."

zu ändern in

"Wir planen, die Zwangsmitgliedschaft mit Zwangsbeiträgen in Kammern abzuschaffen und die Aufgaben der Kammern neu zu schaffenden Sonderbehörden zu übertragen. Hierzu wollen wir eine Bundesratsinitiative anregen."

PÄA011 - Rheintalbahn

Beantragt von Volker Dyken

PÄA011 (Bauen und Verkehr)

Viergleisiger Ausbau der Rheintalbahn

Wir Piratinnen und Piraten setzen uns dafür ein, den im Staatsvertrag mit der Schweiz zugesagten Ausbau der Rheintalbahn bürgerinnen- und bürgerfreundlich umzusetzen.

PÄA012 - Bessere Ausstattung der Polizei

Beantragt von Volker Dyken

PÄA012 (Inneres und Justiz) Bessere Ausstattung der Polizei

Der Landesparteitag möge beschließen, vorgenannten Absatz zu ändern in

"Um der Polizei die Erfüllung ihrer Aufgaben in einem vernünftigen Maße zu ermöglichen, muss ihre materielle und personelle Ausstattung verbessert werden. Es müssen ausreichend Beamtinnen und Beamte beschäftigt werden, um die Polizeiarbeit angemessen bewältigen zu können."

PÄA013 - Menschenhandel und Zwangsprostitution

Beantragt von Volker Dyken

PÄA013 (Arbeit und Soziales) Menschenhandel und Zwangsprostitution

Laut einer Studie der Europäischen Union und der EU-Innenkommissionarin Cecilia Malmström aus dem Jahre 2010 nimmt in Deutschland der Menschenhandel

zu. Meist junge Mädchen aus den Ostblockländern müssen unter unmenschlichen Bedingungen arbeiten. Die Piratenpartei unterstützt die Bestrebungen der Europäischen Union zur Strafverfolgung von Menschenhändlerinnen und Menschenhändlern. Sie fordert Opferschutz und Prävention.

Aus diesem Grunde verlangen wir mehr staatliche Kontrollen in den Bordellen und Initiativen für die Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution. Wir streben Verbesserungen für die Betroffenen durch Reformen von Prostitutionsgesetz, Strafrecht und Aufenthaltsrecht an.

PÄA014 - Bargeldverkehr

Beantragt von Volker Dyken

PÄA014 (Wirtschaft) Keine Einschränkungen beim Bargeldverkehr

Der Landesparteitag möge beschließen, folgenden Programmpunkt an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm aufzunehmen:

Die Piraten in Baden-Württemberg werden sich sowohl auf Bundesebene als auch auf europäischer Ebene gegen Einschränkungen des Bargeldverkehrs einsetzen. Wir sind der Meinung, dass alle Konsumentinnen und Konsumenten selbst entscheiden können müssen, ob und wo sie durch bargeldlose Zahlung Datenspuren hinterlassen und wo nicht. Die Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Schwarzarbeit halten wir für ein ebenso schwaches Argument, wie es die Terrorismusbekämpfung für die Ausweitung flächendeckender Überwachungsmaßnahmen ist.

PÄA015 - Inklusionsbeauftragter

Beantragt von Michael Freche, Julian Beier, Volker Dyken

PÄA015 (Schule und Bildung)

Der Landesparteitag möge beschließen, folgenden Text in das Landtagswahlprogramm aufzunehmen

Die Piratenpartei Baden-Württemberg begrüßt grundsätzlich die Abschaffung der Sonderschulpflicht durch die Landesregierung. Wir halten aber diesen Schritt für nicht zu Ende gedacht. Neben der freien Schulwahl für alle Menschen fordern wir die Verpflichtung von Schulen, Inklusion tatsächlich zu verwirklichen, und eine Zusammenlegung der Entscheidungskompetenzen für Inklusion ermöglichende Maßnahmen.

Wir wollen ein Inklusionshilfrecht sowie in jedem Landkreis eine Inklusionsbeauftragung schaffen. Die beauftragte Person soll zum Beispiel für Anträge auf Assistenz, aber auch für alle anderen die schulische Ausbildung des behinderten oder von Behinderung bedrohten Menschen betreffenden Anträge zuständig sein.

Da die Zuständigkeiten auch durch Bundesgesetze geregelt werden, wird die Piratenpartei entsprechende Bundesratsinitiativen starten. Dazu zählt auch, die Rechtsprechung in Fragen des Inklusionshilferechts bei den Sozialgerichten anzusiedeln und eine Verfahrensfrist von 3 Monaten für Inklusionshilfeklagen einzuführen.

Wir wollen eine verpflichtende Fortbildung der Lehrkräfte in Inklusionsfragen einführen und einen jährlichen Inklusionsbericht der Landesregierung gesetzlich verankern.

PÄA016 - Stuttgart 21

Beantragt von Nico Nissen

Den Abschnitt über "Stuttgart 21" ersetzen durch:

Stuttgart 21

Stuttgart 21 ist ein Inbegriff für alles geworden, was wir Piraten bekämpfen: Besitzelung von Bürgerinitiativen, Kündigung und strafrechtliche Verfolgung von Whistleblowern, Vetternwirtschaft, Ämterpatronage, Korruption, Lobbyismus, Betrug, Intransparenz, Belügen von Bürgern, Einflussnahme der Politik auf Justiz und Kontrollbehörden, Politikerwillkür, Polizeigewalt, Wirtschaftskriminalität, Verschwendungen von Steuergeldern u. v. m. Die Volksabstimmung vom November 2011 kann nach der Kostenexplosion sowie etlichen Baupannen und offenbar gewordenen Lügen nicht mehr als Rechtfertigung dafür dienen, das auch laut der Bahn längst unwirtschaftliche Projekt Stuttgart 21 weiterzuverfolgen, zumal erhebliche Zweifel an seiner Realisierbarkeit bestehen: Trotz mehrmaliger Anläufe ist es immer noch nicht vollständig planfestgestellt, einschließlich Risikopuffer fehlen 2,3 Mrd. Euro, von 59 Kilometern Tunnel sind gerade 10 gebohrt, die versprochene Inbetriebnahme 2021 ist auch nach Angaben der Bahn nicht mehr möglich und steht wegen fehlendem Brandschutzkonzept und einer zweifelhaften Ausnahmegenehmigung für die Gleisneigung juristisch auf tönernen Füßen. Daher lehnen wir Piraten den Weiterbau von Stuttgart 21 ab und werden den Vertrag des Landes mit der Bahn mit der Begründung kündigen, dass sie sich nach mehreren offenbar gewordenen Lügen als unzuverlässiger und nicht mehr vertrauenswürdiger Partner erwiesen hat.

PÄA017 - Energiewende und Klimaschutz

Beantragt von Nico Nissen

Den Abschnitt zur Energiepolitik ergänzen und falls notwendig ersetzen durch:

Energiewende und Klimaschutz

Wir Piraten halten die Energiewende für notwendig, aber schlecht durchgeführt. Biogas hat sich als folgenschwerer Irrtum entpuppt, der mehr Schaden verursacht als verhindert. Windkraft bietet auch in Baden-Württemberg viele Möglichkeiten, ist aber schwer durchsetzbar. Daher möchten wir den Aufbau dezentraler regenerativer Energien fördern. Hierfür möchten indem wir die Montage und Vernetzung von Sonnenkollektoren und Kleinwindkraftanlagen auf Grundstücken und Gebäuden bezuschussen. Weiter möchten wir die dezentrale Speicherung von Strom fördern.

PÄA018 - Terrorismus

Beantragt von Nico Nissen

Den Abschnitt "Inneres und Justiz" ergänzen durch:

Terrorismus

Der islamistische Terror stellt in Deutschland keine nennenswerte Gefahr dar. Daher halten wir Grundrechtseinschränkungen unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung für nicht hinnehmbar.

Rechtsextremistischer Terror ist dagegen eine wirkliche Gefahr, der wir mit Aufklärung und Ausstiegsprogrammen entgegentreten wollen, bevor Menschen zu Schaden kommen.

PÄA019 - Inneres und Justiz

Beantragt von Nico Nissen

Den Abschnitt "Inneres und Justiz" ergänzen durch:

Unabhängige Justiz

Wir sehen die Einflussmöglichkeiten der Politik auf die Justiz kritisch und halten es für notwendig, sie unabhängig zu machen und sich selbst verwälten zu lassen. Dafür wollen wir das Vorschlagsrecht für offene Stellen in Gerichten und Staatsanwaltschaften einem Justizpersonalrat übertragen, den eine Vollversammlung der Richter und Staatsanwälte eines Gerichts wählt. Nach

deutschem Recht ist notwendig, dass Richter und Staatsanwälte demokratisch legitimiert sind. Daher werden die Parlamente des Landes weiterhin offene Stellen besetzen, indem sie aus den vom Justizpersonalrat vorgeschlagenen Bewerbern auswählen. Außerdem entscheiden die Parlamente über Disziplinarmaßnahmen gegen Richter und Staatsanwälte. Die Verwaltung der Justiz wollen wir einem Justizverwaltungsrat übertragen, der ebenfalls von der Vollversammlung gewählt wird.

Die Einflussmöglichkeiten der Politik auf die Justiz werden damit auf das Notwendigste beschränkt und das Amt des Justizministers überflüssig.

Neue Stellen in der Justiz

Wir halten die Bearbeitungszeit von Klagen und Anzeigen für zu lang und wollen die Justiz entlasten, indem wir weitere Stellen für Richter und Staatsanwälte schaffen. Zudem werden wir ausführlich diskutieren, Staatsanwaltschaften an Gerichten zu schaffen, an denen es bisher keine gibt.

PÄA020 - Wahlrecht

Beantragt von Nico Nissen

Den Abschnitt Wahlrecht ersetzen durch:

Wahlrecht

Als demokratische Partei halten wir Piraten es für untragbar, dass viele Bürger überhaupt nicht oder das aus ihrer Sicht kleiner Übel wählen und durch die Fünf-Prozent-Hürde ihrer Stimme beraubt werden. Daher möchten wir für die Landtagswahlen ein Präferenzwahlsystem einführen, das den Bürgern erlaubt zu bestimmen, welcher anderen Partei ihre Stimme zufallen soll, falls die von ihnen favorisierte an der Fünf-Prozent-Hürde scheitert. So gehen keine Stimmen mehr verloren und der Landtag ist repräsentativer und somit demokratischer zusammengesetzt.

PÄA021 - TTIP

Beantragt von Nico Nissen

Einen Abschnitt ergänzen zu

TTIP

Wir halten das Freihandelsabkommen TTIP zwischen der EU und den USA für eine erhebliche Gefahr für Arbeitsplätze und Verbraucher- und Umweltschutzstandards und lehnen es daher ab. Wir werden alles tun, um es zu verhindern.

PÄA022 - Denkmalschutz transparent gestalten

Beantragt von Nico Nissen

Einen Abschnitt "Denkmalschutz transparent gestalten" ersetzen durch:

Schutz von Bau- und Bodendenkmälern und Kulturgütern

Wir Piraten wollen den lange vernachlässigten Schutz von Bau- und Bodendenkmälern und Kulturgütern nachhaltig stärken und durch Fonds und Stiftungen fördern.

PÄA023 - Abschaffung der 2-Meter-Regel

Beantragt von Michi

Der Landesparteitag möge beschließen, folgenden Antragstext zum Punkt "Umweltgerechte Mobilität" (Wahlprogramm) hinzuzufügen. (hinter "Radwegenetze weiter ausbauen." vor "Um Menschen nicht vom Radfahren abzuschrecken lehnen wir eine Helmpflicht für Fahrradfahrer ab.")

"Wir fordern die Abschaffung der 2-Meter-Regel im Waldgesetz. Radfahren im Wald soll künftig auch auf Wegen, die schmäler als zwei Meter sind, mit angepasster Geschwindigkeit erlaubt sein."

Begründung

Andere Bundesländer haben keine 2-Meter-Regel. In Hessen ist Radfahren auf „festen Waldwegen“ und in Bayern auf „geeigneten Wegen“ erlaubt.

Einzelne Wege können immer noch durch "Radfahren verboten"-Schilder gesperrt werden.

Quelle: Landeswaldgesetz § 83 (2) 1

http://www.landesrecht-bw.de/jportal/portal/t/192/page/bsbwueprod.psml/screen/JWPDFScreen/filename/%C2%A7_83_LWaldG_jlr-WaldGBWV7P83.pdf

Weitere Argumente: <http://www.dimb.de/aktivitaeten/open-trails/weg-mit-2m-regel-in-bawue/644-2-meter-regel-faq>

PÄA024 - Stuttgart 21 II

Beantragt von Jochen Buchholz

Abschnitt 10.3 Stuttgart 21

Der Landesparteitag möge beschließen, den Programmpunkt "Stuttgart 21" (Wahlprogramm) mit allen Unterpunkten ersatzlos zu streichen.

Begründung

Die aktuelle Fassung ist an vielen Stellen von den Entwicklungen überholt worden und mit dem aktuellen Baufortschritt nicht mehr in Einklang zu bringen. Außerdem ist sie in sich teilweise widersprüchlich.

- "Gegen S21/Stopp der Bauarbeiten": Die befürchteten Eingriffe und in die Natur und am historischen Bahnhof sind fast vollständig erfolgt, ein Stopp der Arbeiten könnte hier nichts mehr verhindern. Vielmehr würden nur weitere Probleme entstehen, da weder ein Wiederaufbau des Bahnhofes oder ein Rückbau der anderen Baustellen realistisch wäre. Vom zeitnahen Ausbau zu K21 ganz zu schweigen. Die Kosten wären dann ebenfalls riesig ohne irgend etwas als Ergebnis zu haben außer einer verschandelten Stadt.
- "Nicht wirtschaftlich, / für das Land nicht tragbar": Ob wirtschaftlich oder nicht, Zahlen kann man fast immer so anpassen, das es passt, weshalb solche Aussagen nicht sehr belastbar sind. Nicht tragbar ist ebenfalls schwammig, da das Land das prinzipiell durchaus tragen kann, die Frage ist viel mehr ob es das will. Außerdem hat die Politik das Vorrecht auch unwirtschaftlich Projekte durchzuführen, denn wenn es immer wirtschaftlich sein müsste, bräuchte es keine Politiker, sondern BWler, alles wirtschaftliche sollte dann auch realisiert werden
- "Alternativen zum Tiefbahnhof": Mit dieser Wortwahl (ohne Angabe der Variante) gibt es faktisch nur eine Alternative, "oben" (gemischt/SK21 ist nicht wirklich realistisch).
- "Widerinstandsetzung//Modernisierung" ist durch den fortgeschrittenen Abriß nicht mehr möglich, es wäre ebenfalls ein "Neubau".
- "weiterer Volksentscheid": Auch wenn der damalige Volksentscheid mit teils fadenscheinigen Kostenannahmen unterlegt war, so kann es nicht sein, das einfach so lange neu abgestimmt wird bis es passt. Entweder man geht vom

mündigen Bürger aus der sich informiert und die Informationen auch bewerten kann, oder man braucht keine Abstimmung, da der Bürger sowieso nicht weiß worüber er abstimmt.

- "Finanzierung": Wenn wir dagegen sind und das umsetzen wollen, dann kann es die Kosten doch gar nicht geben. Oder soll das ein "Eigentlich sind wir dagegen, aber wenn es sein muss dann halt mit Einhaltung des Kostendeckels" sein?
- "Filderbahnhof Plus" Wenn wir den wollen, müssen wir auch S21 wollen, denn sonst gibt es das nicht.
- Im Schlichterspruch wurde der Erhalt der Gäubahn empfohlen. Der Schlichterspruch wurde von allen Parteien akzeptiert.
<http://www.schlichtung-s21.de/39.html>

PÄA025 - Stuttgart 21 III

Beantragt von Jochen Buchholz

Abschnitt 10.3 Stuttgart 21

Der Landesparteitag möge beschließen, den den Text zu dem Programmfpunkt "Stuttgart 21" (Wahlprogramm) vollständig durch folgenden Text zu ersetzen:

"Die Piratenpartei ist für einen funktions- und leistungsfähigen Bahnhof, der das Land und seine Bürger finanziell nicht über Gebühr belastet.

Stuttgart 21 in seiner derzeitig geplanten Form gewährleistet jedoch nicht die notwendigen und versprochenen Leistungen, weshalb das Konzept angepasst werden muss um die Anforderungen zu erfüllen. Dies betrifft insbesondere den Filderbahnhof mit dem im Filderdialog favorisierten Vorschlag sowie den Erhalt der Gäubahnlinie, wie es auch in der Schlichtung empfohlen wurde. Da absehbar ist, dass die vereinbarten Kostenobergrenzen nicht gehalten werden können, soll sofort über die Finanzierung gesprochen werden, wobei das Land Baden-Württemberg für die bisher geplanten Teile unabhängig von Kostensteigerungen nicht mehr zahlen soll als vereinbart. Die Bahn hat zudem ein Eigeninteresse eine leistungsfähige Gesamtlösung zu erhalten, weshalb sie einen Großteil der Mehrkosten für die Erweiterungen übernehmen soll."

Begründung

Weitgehende Änderung und Anpassung an die realen Entwicklungen Details identisch zur Begründung für den konkurrierenden Antrag PÄA024

PÄA026 - Wir sind die Piraten II

Beantragt von Jochen Buchholz

Konkurriert mit Antrag PÄA003 der Arbeitsgruppe LTW Programm

Abschnitt 1 Wir sind die Piraten

Der Landesparteitag möge beschließen, im Programmpunkt "Wir sind die Piraten" (Wahlprogramm) den zweiten Abschnitt "Am 10. September ...im Europaparlament" zu aktualisieren und durch folgenden Absatz zu ersetzen.

"Am 10. September 2006 wurde die Piratenpartei Deutschland in Berlin gegründet. Während des Wahlkampfs zur Europawahl und Bundestagswahl 2009 erlebte die Piratenpartei einen raschen Mitgliederzuwachs. Bei der Landtagswahl 2011 konnte sie als neue Partei sofort 2,1% der Stimmen erreichen. Derzeit sind wir auch mit einer Abgeordneten der Piratenpartei Deutschland im Europaparlament vertreten. Außerdem haben wir bei der Kommunalwahl 2014 zahlreiche kommunale Mandate erhalten."

Begründung

Fakten aktualisiert, trotzdem kurz gehalten und mit Bawü-Bezug, nicht zu viele Detailzahlen wie im Konkurrenzanzug.

PÄA027 - Sofortiger und flächendeckender Glasfaserausbau

Beantragt von Sebastian Staudenmaier

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der folgende Absatz an passender Stelle (z.B. zum Programmpunkt „Breitbandausbau fördern“ bzw. einer überarbeiteten Form dieses Punktes) in das Landesprogramm eingefügt wird:

Wir wollen möglichst schnell einen flächendeckenden Glasfaserausbau erreichen. Bis zum Ende der Legislaturperiode soll jeder Haushalt und jeder Betrieb im Land, sowohl von der Download- als auch Uploadgeschwindigkeit her, mindestens mit einem Gigabit pro Sekunde an das Internet angebunden sein.

Begründung

Die derzeitigen Ziele der Landes- und Bundespolitik, 50MBit/s in den nächsten

Jahren flächendeckend anzubieten (teils auch nur über LTE) sind unambitioniert. Die Kosten einen Glasfaserausbau in ganz Deutschland durchzuführen werden auf ca. 80 Milliarden Euro[1] geschätzt. Nimmt man für Baden-Württemberg also etwa ein Achtel der Kosten an, so kann mit etwa 10 Milliarden Euro gerechnet werden. Durch das Verlegen von Leerrohren bei sowieso stattfindenden Bauarbeiten und andere Maßnahmen könnte der Betrag aber auch sinken. Als eines der wirtschaftlich leistungsstärksten Bundesländer sollte sich diese Investition nicht nur aus wirtschaftlicher Hinsicht, sondern auch durch die Verbesserung der Lebensqualität klar lohnen.

[1] <http://www.heise.de/netze/meldung/Gesucht-80-Milliarden-Euro-fuer-den-Glasfaserausbau-1359498.html>

PÄA028 - Funkzellenabfrage einschränken

Beantragt von Sebastian Staudenmaier

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der folgende neue Programmpunkt in das Landesprogramm aufgenommen wird:

Funkzellenabfrage einschränken

Wir wollen die Funkzellenabfrage auf die Abfrage individueller Mobilfunkanschlüsse beschränken. Abfragen die alle Mobiltelefone, und somit auch die Aufenthaltsorte tausender unschuldiger Bürger in einem Bereich erfassen, stellen eine unverhältnismäßige Massenüberwachung dar, für deren Notwendigkeit es keine ausreichenden Belege gibt.

Begründung

Sollte einem Piraten klar sein. ;-)

PÄA029 - Kein besonderes Kirchgeld für Partner die Mitglied einer nicht steuererhebenden Weltanschauungsgemeinschaft sind

Beantragt von Sebastian Staudenmaier

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der folgende Absatz an passender Stelle in das Landesprogramm eingefügt wird:

Ehepartner die einer steuerberechtigten Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaft angehören sollen, wie in anderen Bundesländern auch, kein besonderes Kirchgeld mehr für ihre Partner bezahlen müssen, auch wenn die entsprechende Gemeinschaft keine Steuern erhebt.

Begründung

In einigen Bundesländern wie Bayern, Berlin oder Hessen ist dies bereits so geregelt. Würde sich ggf. auch einfacher durchsetzen lassen als eine gesamte Abschaffung der Kirchensteuer, kann also zusätzlich beschlossen werden.

PÄA030 - Versammlungsrecht

Beantragt von Ingo

Kurzes, knackiges Landes-Versammlungsrecht

Der Landesparteitag möge beschließen, den bisherigen Abschnitt zum Thema "Versammlungsrecht" komplett zu streichen und durch eines der beiden folgenden Module zu ersetzen.

Modul 1 "Kurzversion"

Die Piratenpartei setzt sich für die Stärkung des Versammlungsrechts in Baden-Württemberg ein und fordert ein Landes-Versammlungsgesetz mit folgendem Inhalt:

§1 In Baden-Württemberg gilt das Versammlungsrecht gem. Art. 8 GG uneingeschränkt.

Modul 2 "Langversion"

Einschränkungen des Versammlungsrechts bedrohen das Recht auf die Freiheit der öffentlichen Meinungsäußerung. Zum Einen werden dadurch höhere Hürden für die Organisation von Versammlungen aufgestellt. Zum Anderen werden manche Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Versammlungen durch Maßnahmen wie Videoaufzeichnungen, Personenkontrollen vor Ort und das Einführen von speziellen Ordnungswidrigkeits- und Straftatbeständen abgeschreckt. Deshalb lehnen wir den allgemeinen und präventiven behördlich angeordneten Einsatz von Überwachungstechnologien sowie spezielle Ordnungswidrigkeits- und Straftatbestände bei Demonstrationen ab.

Wir fordern ein Landes-Versammlungsgesetz, das lediglich formale Aspekte von Versammlungen (wie Anmeldefrist, Auflösung und Verbot von Versammlungen)

regelt. Zusätzliche Ordnungswidrigkeits- und Straftatbestände wie das Vermummungsverbot und das Verbot von sogenannten Schutzwaffen lehnen wir als unverhältnismäßigen Eingriff in die Versammlungsfreiheit ab.

Begründung

Mit der Föderalismusreform II wurde das Versammlungsrecht von der konkurrierenden Gesetzgebung in die alleinige Hoheit der Länder überführt. Gem. Übergangsvorschriften gilt in allen Bundesländern, in denen das Bundesversammlungsgesetz nicht durch ein entsprechendes Gesetz auf Landesebene ersetzt wurde, das Bundesversammlungsgesetz fort. Eine reine Abschaffung ist daher nicht möglich, so dass eine Ein-Paragrafengesetz gem. Modul 1 die einzige Möglichkeit darstellt, die Versammlungsfreiheit des Grundgesetzes uneingeschränkt in B.-W. wirksam werden zu lassen.

Alternativ kann im Rahmen eines erweiterten Landesversammlungsgesetzes der formelle Rahmen für öffentliche Versammlungen abgesteckt werden. Dies berücksichtigt Modul 2. Hierbei sollte jedoch gegenüber dem Bundesversammlungsgesetz keine Verschärfung vorgenommen werden, wie es z.B. der Gesetzentwurf des Stuttgarter Bündnisses für Versammlungsfreiheit vorsieht.

Die zusätzlichen Ordnungswidrigkeiten- und Straftatbestände des Bundesversammlungsgesetzes, die sich i.W. um die Themen Vermummung und sog. Schutzbewaffnung drehen, sind abzulehnen. In der Praxis bietet gerade die Frage der Vermummung einen enormen Spielraum für Willkür. Dies zeigt sich insbesondere beim Mitführen bzw. Tragen von Sonnenbrillen bzw. Schals, die je nach Gusto der Polizei vor Ort als Sonnen- bzw. Kälteschutz oder als Vermummungsgegenstände angesehen werden können. Das Konzept der Schutzbewaffnung ist Ausfluss einer Staatstheorie, die wir als Piraten ablehnen sollten. Die Idee dahinter ist, dass die Polizei körperliche Gewalt anwenden darf, es den Menschen aber untersagt wird, sich dagegen zu schützen.

PÄA031 - Drogenpolitik

Beantragt von Niko Kliewer

Der Landesparteitag möge beschließen die Absätze "Für eine neue Drogenpolitik", "Cannabis in der Schmerztherapie", "Gerechtigkeit beim Führerschein" und "Verantwortung in der Substitution" durch den den folgenden Absatz zu ersetzen.

Für eine moderne und verantwortungsvolle Drogenpolitik

Wir fordern einen verantwortungsvollen Umgang in der Drogenpolitik in Baden-Württemberg. Neuartige Konzepte und Modellversuche sollen umgesetzt werden

wie z. B. der Einsatz von Cannabis in der Schmerztherapie oder ein flächendeckendes Angebot der Heroinsubstitution angegliedert an Krankenhäuser. Wir fordern eine gesetzliche Regelung zur geringen Menge von Cannabis in Baden-Württemberg, um endlich Rechtssicherheit zu schaffen, eine Menge von 15 Gramm halten wir hier für angebracht. Wir unterstützen die Verwendung von Cannabis in der Medizin und die Legalisierung im Genussbereich. Vor allem die Schaffung von Cannabis Social Clubs könnte den Jugendschutz gewährleisten und erwachsenen Menschen die Möglichkeit bieten Cannabis legal anzubauen, was zur Verringerung des Schwarzmarktes und damit zur Entlastung der Polizei und Gerichte führen würde. Eine Bestrafung von Cannabiskonsumenten durch den Führerscheinentzug ohne eine aktive Teilnahme am Straßenverkehr ist unverhältnismäßig und gehört folgerichtig abgeschafft.

Begründung

Die aktuelle Fassung ist unübersichtlich - kurze Zusammenfassung gefolgt von einer Wiederholung der Einzelpunkte mit Unterbrechung durch fremde Themen. Des weiteren sind die einzelnen Punkte zu detailliert während ein übergeordnetes Ziel nicht ersichtlich ist.

Die Umformulierung soll dabei helfen, unsere allgemeinen Forderungen an eine Drogenpolitik übersichtlich dazustellen und anhand von Beispielen zu erläutern, statt diese in den Vordergrund zu stellen.

PÄA032 - Schornsteinfeger

Beantragt von Viktor Hoffmann

Abschaffung des Gebietsmonopols der Schornsteinfeger und der verpflichtenden Schornsteinfegerarbeiten im Schornsteinfegergesetz (SchfG)

Die komplette Abschaffung des Gebietsmonopols führt zu Bürokratieabbau, mehr Bürgernähe durch Wettbewerb im Schornsteinfegerwesen und entlastet gleichzeitig die Mieter und Eigentümer bei den Heiznebenkosten. Bei modernen rußarmen Heizungen sind die jährlichen Kehrarbeiten überflüssig. Es soll dem Bürger erlaubt sein, selbst die Kehrarbeiten durchzuführen oder jemanden dafür zu beauftragen. Eine Sichtprüfung und Abgasmessung der Heizung wird durch den Heizungstechniker bei den jährlichen Wartungsarbeiten schon durchgeführt und bezahlt. Ein Schornsteinfeger ist dafür nicht notwendig. Das Recht des Hauseintritts durch den Schornsteinfeger mit polizeilichen Hilfe (ohne einen richterlichen Beschluss) ist aus dem Schornsteinfegergesetz komplett zu streichen.

Begründung

Die Abschaffung führt zu Bürokratieabbau und mehr Bürgernähe durch Wettbewerb im Schornsteinfegerwesen. Das Gebietsmonopol beruht auf Gesetzen und Verordnungen aus dem Jahre 1935 und war dafür gedacht die Bürger in der NS-Zeit besser auszuspionieren. Ein Schornsteinfeger kann sich noch heute den Hauseintritt mit polizeilichen Hilfe verschaffen, ohne einen richterlichen Beschluss. Der Sinn und Zweck des Schornsteinfeger/Kaminkehrer Zwangssystems ist bei neuzeitlicher Heiztechnik längst überholt. Die "Schornsteinfeger-Überprüfungsarbeiten" sind bei modernen Heizungen weitgehend überflüssig. Das System kommt heute einem staatlichen Arbeitsbeschaffungsprogramm nahe und ist einmalig in der Welt.

Nahezu jeder Betreiber, der für seine Anlage selbst verantwortlich ist, wird an einer regelmäßigen Wartung interessiert sein, wenn er eines Tages nicht in der kalten Stube sitzen will. Dazu braucht er einen Heizungsfachmann und keinen Schornsteinfeger, der als Schein-Dienstleistung die technisch sinnlose Sichtprüfung und Abgasmessung normalerweise ohne einen direkten Zusammenhang mit einer Wartung isoliert durchführt. Die Schornsteinfeger-Kosten folgt keinerlei nützliche Gegenleistung, auch wenn man ab 2013 die (teilweise) freie Wahl der Schornsteinfeger hat und man den Schornsteinfeger für bestimmte nutzlose, aber immer noch vorgeschriebene Arbeiten frei wählen kann. Von daher wundert es nicht, dass Schornsteinfeger als ein Symbol für nutzlose Beschäftigung auf Kosten von Mieter und Eigentümer bezeichnet werden, siehe Quelle:
http://www.sueddeutsche-wohnwirtschaft.de/sites/artikel.php?artikel_id=126

PÄA033 - Gentechnologie in der Landwirtschaft

Beantragt von Nico Nissen

Den Abschnitt "Gentechnologie in der Landwirtschaft" bitte ergänzen um den Satz:
"Abgesehen von Forschungszwecken lehnen wir den Anbau genmanipulierter Sorten ebenso ab wie die Haltung genmanipulierter oder geklonter Tierarten."

PÄA034 - Bürgerentscheide erleichtern

Beantragt von Nico Nissen

Im Abschnitt "3.1 Demokratie" einen Abschnitt ergänzen:

"Bürgerentscheide erleichtern

Die Hürden für Bürgerentscheide sind in Baden-Württemberg sehr hoch und dienen mehr dazu, Bürgerbeteiligung zu verhindern anstatt sie zu ermöglichen. Daher wollen wir bei Bürgerbegehren die Sechs-Wochen-Frist sowie den Kostendeckungsvorschlag streichen, das Unterschriftenquorum auf sechs Prozent und die Obergrenze auf 10.000 Unterschriften senken und das manipulative Quorum im Bürgerentscheid vollständig abschaffen. Bürgerentscheide sollen innerhalb von zehn Monaten nach dem ablehnenden Gemeindesratsbeschluss und falls möglich zugleich mit einer Wahl stattfinden. Zudem wollen wir Bürgerentscheide auf Stadtteilebene ermöglichen."

PÄA035 - Geschlechter- und Familienpolitik

Beantragt von Ralf 'xxr' Weber

Umfassendes Kapitel mit bereits mehrfach abgestimmten Forderungen bzgl.: Pluralismus von Partnerschaften; solidarische und gerechte Familienpolitik; selbstbestimmte Sexualität u.a

Der Landesparteitag möge nachstehenden Antragstext als Landtagswahlprogramm modular beschließen.

Geschlechter- und Familienpolitik

Familie hat viele Gesichter

Die Piratenpartei Baden-Württemberg steht für eine zeitgemäße Geschlechter- und Familienpolitik. Diese basiert auf dem Prinzip der freien Selbstbestimmung über Angelegenheiten des persönlichen Lebens. Wir setzen uns dafür ein, dass die Politik den vielfältigen Lebensstilen gerecht wird. Jeder Mensch muss sich frei für den selbstgewählten Lebensentwurf und die von ihm gewünschte Form gleichberechtigten Zusammenlebens entscheiden können. Das Zusammenleben von Menschen darf nicht auf der Bevorzugung oder Benachteiligung Einzelner gründen.

Freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität und Orientierung

Wir stehen für eine Politik, die die freie Selbstbestimmung von geschlechtlicher und sexueller Identität und Orientierung respektiert und fördert. Fremdbestimmte Zuordnungen zu einem Geschlecht oder zu Geschlechterrollen lehnen wir ab. Daher

wollen wir geschlechtszuweisende Operationen, welche ohne Einwilligung der Betroffenen durchgeführt werden, abschaffen. Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der Geschlechterrolle, der sexuellen Identität oder Orientierung ist Unrecht, weshalb wir auch die Erfassung des Merkmals „Geschlecht“ durch staatliche Behörden sowie den Zwang zu geschlechtseindeutigen Vornamen ablehnen.

Gleichstellung von Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft

Wir begrüßen die Gleichstellung von Partnerschaften gleichgeschlechtlicher Paare in Baden-Württemberg und fordern, dass auch auf Bundesebene eine vollständige Gleichstellung erfolgt. Dies sowie das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare wollen wir durch die Initiative Baden-Württembergs im Bundesrat erwirken.

Freie Selbstbestimmung des Zusammenlebens

Wir bekennen uns zum Pluralismus des Zusammenlebens. Politik muss der Vielfalt der Lebensstile gerecht werden und eine wirklich freie Entscheidung für die individuell gewünschte Form des Zusammenlebens ist zu ermöglichen. Eine historisch gewachsene strukturelle und finanzielle Bevorzugung ausgewählter Modelle lehnen wir ab.

Freie Selbstbestimmung und Familienförderung

Die Piratenpartei Baden-Württemberg setzt sich für die gleichwertige Anerkennung von Lebensmodellen ein, in denen Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Unabhängig vom gewählten Lebensmodell genießen Lebensgemeinschaften, in denen Kinder aufwachsen oder schwache Menschen versorgt werden, einen besonderen Schutz. Unsere Familienpolitik ist dadurch bestimmt, dass solche Lebensgemeinschaften als gleichwertig angesehen und vor dem Gesetz gleich gestellt werden müssen.

Anerkennung von sexueller Verfolgung als Asylgrund

In vielen Ländern der Welt werden Menschen aufgrund ihrer geschlechtlichen oder sexuellen Identität bzw. Orientierung diskriminiert oder kriminalisiert. Diese Nachstellungen, gleich ob sie staatlich gelenkt oder nur geduldet sind, müssen als Asylgrund anerkannt werden. Abweichende geschlechtliche oder sexuelle Identität bzw. Orientierung darf nicht als Krankheit oder Perversion eingestuft werden.

Bekämpfung von Homophobie

Homophobie bezeichnet eine soziale, gegen Lesben und Schwule gerichtete Aversion bzw. Feindseligkeit.

Die Piratenpartei Baden-Württemberg setzt sich für die Unterstützung von Initiativen ein, welche die Akzeptanz und Selbstbestimmung sexueller Vielfalt fördern. Ziel sollte es sein, eine Auseinandersetzung um Homophobie in der Gesellschaft zu initiieren und einen positiven Wandel zu Respekt von selbstbestimmten Lebensentwürfen zu erwirken. Straftaten mit homophobem Hintergrund sollen in die polizeiliche Kriminalstatistik mit aufgenommen werden, um die Reichweite der Problematik sichtbar zu machen.

Begründung

Die Geschlechter- und Familienpolitik soll als wichtiges Thema der Piratenpartei auch einen Platz im Programm für die baden-württembergische Landtagswahl erhalten. Damit wird es uns leichter fallen, auf Veranstaltungen wie den CSDs sowie gegenüber der Presse zu punkten.

PÄA036 - Stärkung der Rechte Prostituierter

Beantragt von Ralf 'xxr' Weber

Rechte selbstbestimmter, freier Sexarbeiter sollen gestärkt und alle Sonderregelungen zur Reglementierung von Prostitution sollen auf Eignung, Erfordernis und Anerkennung geprüft werden.

Der Landesparteitag möge beschließen, nachstehenden Antragstext an geeigneter Stelle im Landtagswahlprogramm einzufügen.

Stärkung der Rechte Prostituierter

Die Entscheidung zur Ausübung der Prostitution fällt unter das Recht auf freie Berufswahl sowie unter das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung. Die Entscheidung zur Ausübung der Prostitution ist daher von Staat und Gesellschaft zu akzeptieren.

Eine Diskriminierung und Kriminalisierung von Sexarbeitskräften und ihren Kunden lehnt die Piratenpartei Baden-Württemberg ab.

Selbstbestimmt tätige Sexarbeitskräfte sind keine Opfer, solange sie ihren Beruf eigenverantwortlich auf der Grundlage freier Entscheidung ausüben. Ihre Tätigkeit bedarf besonderer Fähigkeiten und Kenntnisse und verdient gesellschaftliche

Anerkennung.

Deshalb werden wir alle Sonderregelungen zur Reglementierung von Prostitution dahingehend prüfen, ob sie geeignet, erforderlich und angemessen sind, die Anerkennung und die Rechte von Sexarbeitskräfte sicherzustellen. Die Stärkung der Rechte selbstbestimmt tätiger Sexarbeitskräfte ist das beste Mittel gegen jedwede Fremdbestimmung. Sie dient der rechtlichen Gleichbehandlung sowie der freien und ungehinderten Berufsausübung.

Gesetzesinitiativen, auch auf Bundesebene, die zum Ziel haben den Prostitutionsberuf mit zusätzlichen besonderen Auflagen und Meldepflichten zu belegen, sind daher abzulehnen, ebenso wie Verbote bestimmter Sexpraktiken.

Begründung

Prostitution ist Teil der menschlichen Geschichte und Kultur. Sie ist für alle Epochen belegt und existiert heute in allen Teilen der Erde - auch dort, wo sie verboten und mit hohen Strafen belegt ist. Falsche und doppelbödige Moralvorstellungen haben weltweit zur Diskriminierung von Sexarbeitern geführt. Gewaltmythen und Vorurteile verhindern die sachliche Debatte und leisten der Visktimisierung von Sexarbeitern Vorschub. Wir sind davon überzeugt, dass die Situation von Sexarbeitern durch politisches Engagement verbessert werden kann: Die Schaffung eines rechtlichen Rahmens, in dem Sexarbeiter selbstbestimmt und frei von Diskriminierung ihrem Beruf nachgehen können, erscheint uns hierfür als der vernünftigste Ansatz: Only rights can stop the wrongs! Weitere Informationen zum Thema (u.a. Daten zu Kriminalitätsstatistiken sowie die Prostitution betreffende Paragraphen in gültigen Gesetzestexten) findet ihr unter folgenden Adressen:

- Lektüre für den Einstieg: <https://prostitution.piratenpad.de/info>
 - Daten- und Quellensammlung: <https://prostitution.piratenpad.de/quellen>
 - Warum wir nicht über Opfer sprechen:
<https://prostitution.piratenpad.de/stellungnahme>
- Unterstützer aus der Zivilbevölkerung:
- Dona Carmen e.V.: <http://www.donacarmen.de/>
 - Greta Brentano amuse tonight: <http://www.greta-brentano.de/>
 - Sexworker Forum (Verein) & sexworker.at (Forum): <http://www.sexworker.at>
 - Berliner Hurenabend: <https://lists.riseup.net/www/info/sexwork>
 - menschenhandel heute: <http://menschenhandelheute.net/>

PÄA037 - Gleichbehandlung aller Menschen bei der Blutspende

Beantragt von Ralf 'xxr' Weber

Der Landesparteitag möge beschließen, nachstehenden Antragstext an geeigneter Stelle im Landtagswahlprogramm einzufügen.

Gleichbehandlung aller Menschen bei der Blutspende

Die Piratenpartei regt eine grundsätzliche Zulassung aller Menschen zur Blutspende an. Hierzu zählen wir insbesondere bislang ausgesetzte Gruppen wie MSM (Männer, die Sex mit Männern haben), weibliche und männliche Sexarbeiter sowie Drogenkonsumenten, die Drogen intravenös (I.v.) anwenden oder schnupfen.

Unzweifelhaft gilt: Die Qualität von Blutprodukten muss gewährleistet bleiben und rechtfertigt weiterhin den begründeten Ausschluss von einzelnen Menschen von der Blutspende. Sie dürfen, bei Risikoverhalten, zum Schutz anderer Menschen, von der Blutspende ausgeschlossen werden. Hierfür ausschlaggebend soll jedoch das individuell tatsächlich vorliegende Risikoverhalten und nicht ein hergeleitetes Gruppenverhalten sein.

Für die Piratenpartei gilt, dass die Blutspenderauswahlkriterien risikobezogen, unabhängig von der sexuellen Orientierung und anderen, die persönlichen Lebensumstände betreffenden Faktoren, gefasst werden müssen. [1]. Die für die Ausgestaltung der Blutspende-Richtlinien [2] Zuständigen, die Landesärztekammern in Zusammenarbeit mit dem Paul-Ehrlich-Institut, werden deshalb von der Piratenpartei aufgefordert zu prüfen, wie die Gleichbehandlung aller Menschen bei der Blutspende zu gewährleisten ist.

Die Regelung der Blutspenden basieren auf einem im Bundesrat Zustimmungspflichtigen Gesetz. Die Piratenpartei könnte also eine Bundesratsinitiative der Landesregierung fordern. Das ist aber nicht das, was die betroffenen Brauchen. Es muss eine gesellschaftliche Debatte zum Thema geführt werden und diese will die Piratenpartei mit ihrer Positionierung anstoßen.

Begründung

Nachdem der Ausschluss der Risikogruppen bei der Knochenmarkspende am 18.12.2014 ersatzlos gestrichen wurde, ist das Thema Blutspende in der LSBTTIQ-Community wieder verstärkt im Gespräch. Unter anderem ist zum CSD Karlsruhe eine Politikveranstaltung geplant, in welcher Blutspende ein mögliches Thema sein



wird. Darum wäre es schön, wenn unsere Forderung, welche bereits als sonstiger Antrag mit großer Mehrheit angenommen wurde, auch einen Platz im Wahlprogramm für 2016 findet. Immernoch ist es in der Bundesrepublik Männern, die Sex mit Männern haben (MSM), Sexarbeiter und Sexarbeiterinnen sowie Drogenkonsumenten, die Drogen i.v. anwenden oder schnupfen, nicht gestattet Blut zu spenden. Die Landesärztekammern schließen wie eingangs dargestellt, grundsätzlich MSM, neben anderen, als Gruppe, mit der stigmatisierenden Begründung, sie seien eine generelle Risikogruppe vom Blutspenden aus. Dieses Blutspendeverbot verfällt niemals, sondern gilt ein Leben lang - selbst bei nur einem einzigen sexuellen Kontakt eines Mannes mit einem anderen Mann im gesamten Leben, der Jahre zurück liegt, Abstinenz oder Monogamie.

Diese Regelung ignoriert vollkommen, dass es MSM gibt, die Safer Sex praktizieren oder jahrelang in einer monogamen Beziehung leben und von denen de facto kein höheres Risiko als von anderen Spendern ausgeht. Damit pauschalisiert die Bundesärztekammer alle MSM zu einer Risikogruppe.

Diese Regelung ignoriert vollkommen, dass es heterosexuell lebende Menschen gibt, die permanent Un-Safen Sex praktizieren. Diese Männer werden grundsätzlich nur für 4 Monate nach dem letzten unsafen Sex von der Blutspende ausgeschlossen. [3] Aufgrund moderner Testverfahren besteht längst nicht mehr das frühere Infektionsrisiko.[4] Heute kann das Erbgut des Virus direkt nachgewiesen werden und so jede Spende mit Hilfe eines Schnelltests auf HIV getestet werden. Dadurch lässt sich eine HIV-Infektion früher und sicherer erkennen.[5]

Ein anderer Widerspruch ergibt sich dann auch aus dem grundsätzlichen Ausschluss von MSM bei der Knochenmarkspende. Gerade bei der Knochenmarkspende kommt es auf jeden potentiellen Spender an. Hier kann nicht auf eine Alternative zurückgegriffen werden. Außerdem wird vom Roten Kreuz sowie von einzelnen Krankenhäusern immer wieder die Knappheit an Blutspendern bemängelt. Eine ganze Gruppe davon auszuschließen wirkt diesem Problem nicht entgegen, sondern wie Hohn!

Andere Länder haben das MSM-Verbot beim Blutspenden längst abgeschafft. Spanien, Portugal, Russland und Italien erlauben beispielsweise die MSM-Blutspende. [7]

Ein genereller, lebenslanger, Ausschluss verschiedener gesellschaftlicher Gruppen von der Blutspende verstößt nach unserer festen Überzeugung gegen das Diskriminierungsverbot. Die bisherigen Sicherheitsmaßnahmen bei der Blutspende sind mehr als ausreichend. Jeder Spender muss genaue Angaben über sein Krankheits- und Risikoverhalten abgeben sowie eine Erklärung bezüglich der Eignung des Blutes für andere Menschen. Damit steht es jedem frei zu entscheiden, ob sein Blut für andere Menschen geeignet ist. Weiterhin ermöglicht es der HIV-Schnelltest den eventuell vorhandenen Virus zu erkennen.[6] Gleichbehandlung

aller Menschen bei der Blutspende

Quellen:

1 Siehe Kommentar zum bundeseinheitlichen Spenderfragebogen- Stand 04.02.2011, Seite 7

2 Genau: „Richtlinien zur Gewinnung von Blut und Blutbestandteilen und zur Anwendung von Blutprodukten („Hämotherapie“) der Bundesärztekammer

3 Richtlinien zur Gewinnung von Blut und Blutbestandteilen gemäß §§ 12a u. 18 Transfusionsgesetz von der Bundesärztekammer im Einvernehmen mit dem Paul-Ehrlich-Institut, Fassung vom 16.04.2010, <http://www.bundesaerztekammer.de> (Stand aller Links: 12.04.2012).

4 Erläuterungen zum Blutspende-Ausschluss von Männern, die Sexualverkehr mit Männern haben (MSM), 31.03.2010, <http://www.bundesaerztekammer.de>, 7 f.

5 Erläuterungen zum Blutspende-Ausschluss von Männern, die Sexualverkehr mit Männern haben (MSM), 31.03.2010, <http://www.bundesaerztekammer.de>, 10 f.

6 Drucksache 17/3568 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/035/1703568.pdf>, S. 5 f.

7 Drucksache 17/3568 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/035/1703568.pdf>, S. 1f.

PÄA038 - Kein Einzug von Kirchensteuern

Beantragt von Anke Daiber

Der Landesparteitag möge beschließen, folgenden Antragstext zum Punkt "Steuern und Subventionen, Staatsleistungen an Kirchen beenden" (Wahlprogramm) hinzuzufügen.

"Im Sinne der Datensparsamkeit ist die Erfassung der Religionszugehörigkeit durch staatliche Stellen aufzuheben. Das Finanzamt soll daher künftig auch nicht mehr die Kirchensteuer einziehen. Es ist die Aufgabe der Kirchen selbst, ihre Mitgliedsbeiträge in Form der Kirchensteuer einzuziehen."

Neue Fassung lautet: Über die Kirchensteuer hinaus zahlt das Land jährlich etwa 100 Millionen Euro an die Kirchen. Dies ist Teil der Entschädigung für die Säkularisierung von 1803. Viele Kommunen in Baden-Württemberg müssen eigene Zahlungen an Kirchengemeinden leisten. Wir möchten diese

Zahlungsverpflichtungen von Land und Kommunen gesetzlich beenden und die Mittel in anderen Bereichen einsetzen. (neu) Im Sinne der Datensparsamkeit ist die Erfassung der Religionszugehörigkeit durch staatliche Stellen aufzuheben. Das Finanzamt soll daher künftig auch nicht mehr die Kirchensteuer einziehen. Es ist die Aufgabe der Kirchen selbst, ihre Mitgliedsbeiträge in Form der Kirchensteuer einzuziehen.

Begründung

Bisher ist im Wahlprogramm nichts zum Thema Kirchensteuer zu finden. Diese Lücke soll mit diesem Antrag geschlossen werden. Die Datensparsamkeit ist dabei nicht nur auf den Staat bezogen, auch Arbeitgeber sehen so nicht die Religion ihrer Angestellten.

SÄA001 - Neugründung von Bezirksverbänden erleichtern

Beantragt von Sebastian Staudenmaier

Betrifft: Satzung des Landesverband Baden-Württemberg / §7

Der Landesparteitag möge beschließen in der Satzung unter §7 - Gliederung den Absatz (2) „Um eine Untergliederung gründen zu können, müssen für Ortsverbände mindestens 10, für Kreisverbände mindestens 20 und für Bezirksverbände mindestens 40 stimmberechtigte Piraten akkreditiert sein.“

durch die folgende Formulierung zu ersetzen:

„Um eine Untergliederung gründen zu können, müssen für Ortsverbände mindestens 10 und für Kreisverbände mindestens 20 stimmberechtigte Piraten akkreditiert sein.“

Begründung

In den Regierungsbezirken Karlsruhe als auch Tübingen wurden die Bezirksverbände aufgelöst. Zumindest in Karlsruhe wurde dies seinerzeit auch durch ein nahezu flächendeckendes Vorhandensein von Kreisverbänden begründet. Die Lage hat sich seither allerdings verändert, einige Kreisverbände wurden aufgelöst, so dass viele Regionen mittlerweile wieder direkt dem Landesverband von der Zuständigkeit her zufallen. Eine Gliederung mit etwas mehr Bezug zu den jeweiligen Regionen kann allerdings oft nützlich sein. Von daher sollten eventuelle Neugründungen nicht unnötigerweise behindert werden.

SÄA002 - Parteienfinanzierung

Beantragt von Viktor Hoffmann und Nikolai Kliewer

Betrifft: Satzung des Landesverband Baden-Württemberg / Abschnitt B, §2

Der Landesparteitag möge beschließen §2 Parteienfinanzierung in der Satzung Abschnitt B: Finanzordnung durch den folgenden Antragstext zu ersetzen:

§2 Parteienfinanzierung

(1) Die Parteienfinanzierung des Landtages und die Parteienfinanzierung aus dem innerparteilichen Finanzausgleichs werden unter dem Landesverband und seiner Untergliederungen nach folgendem Schlüssel verteilt.

(1a) Vor der Umverteilung werden die Mietkosten der Landesgeschäftsstelle, die

Buchhaltungskosten des Landesverbandes und seiner Untergliederungen und die Kosten des Wirtschaftsprüfers von der Parteienfinanzierung abgezogen, basierend auf dem Rechenschaftsbericht, nach welchem die Parteienfinanzierung berechnet wurde.

(1b) Die Umverteilung der Parteienfinanzierung findet proportional anhand des Anteils an der Gesamtsumme aus Eigeneinnahmen des Landesverbandes und seiner Gliederungen nach § 24 Abs. 4 Nr. 1 bis 7 PartG des entsprechenden Rechenschaftsjahres statt.

(2) Sofern eine Gliederung nicht existiert, gehen die Gelder an die jeweils übergeordnete Gliederung.

(3) Der Landesverband verteilt die Parteienfinanzierung als Zuschuss zum 1. April des auf die Abrechnung folgenden Jahres auf seine Gliederungen.

gültig ab 01.01.2016

Begründung

Die derzeitige Regelung berücksichtigt den innerparteilichen Finanzausgleich nicht, insbesondere das Risiko der Einzahlung in den Finanzausgleich, falls Eigeneinnahmen des gesamten Landesverbandes unter der ausgezahlten Parteienfinanzierung des Landtages liegen. Es werden aktive Kreisverbände benachteiligt, die Spenden, insbesondere Aufwandsverzichtspenden, sammeln und Zeit dafür aufwenden, Anträge auszufüllen. Derzeit übernimmt der Landesverband alleine die Kosten der Landesgeschäftsstelle, Buchhaltungskosten und Wirtschaftsprüfer.

Die neue Regelung, basierend auf dem Rechenschaftsbericht, verbessert die Planungssicherheit beim Budget für den Landesverband und seine Untergliederungen und ist gerechter als die Verteilung nach der Stimmberichtigung. Sie senkt gleichzeitig den Zeitaufwand und die Buchhaltungskosten, da nicht für jede Dienstleistung der Landesverband eine Rechnung erstellen muss und die Untergliederungen keine Rückstellungen mehr für Buchhaltungskosten und Prüfungskosten bilden müssen.

Bsp: Umverteilung im Jahr 2016, basierend auf dem Rechenschaftsjahr 2014 und dem Anspruchsjahr 2015

X001- Drei Ziele

Beantragt von Volker Dyken

Der Landesparteitag möge beschließen, unter "Unsere Ziele" 3 Module aus den PÄA006 aufzunehmen.

X002 - Fünf Ziele

Beantragt von Volker Dyken

Der Landesparteitag möge beschließen, unter "Unsere Ziele" 5 Module aus den PÄA006 aufzunehmen.

X003 - Sieben Ziele

Beantragt von Volker Dyken

Der Landesparteitag möge beschließen, unter "Unsere Ziele" 7 Module aus den PÄA006 aufzunehmen.

X004 - Anzeigepflichtige Videoueberwachung

Beantragt von Felix Baumann

Betrieb von Videoueberwachung soll Anzeigepflichtig werden

Videoueberwachung Datenbank (Anzeige und Veroeffentlichungspflicht privater und staatlicher Videoueberwachungsmaßnahmen)

Die Piratenpartei moege beschliessen, sich gegen eine ausufernde Nutzung von Videoueberwachungssystemen zu positionieren. Um den aktuellen Stand der Verbreitung derartiger Ueberwachungssysteme abschaeten zu koennen, ist es notwendig, das der Einsatz von (Video-)Ueberwachungssystem angezeigt wird. Die Piratenpartei moege deshalb beschliessen, das der Einsatz von Videoueberwachungssystemen auf oeffentlichen Flaechen und in von fuer den Kundenverkehr zugaenglichen Privaten Flaechen beim Landesdatenschutzzentrum angezeigt werden muss, welches diese Anzeigen anschliessend den Buergern bereitzustellen hat. Diese Regelung soll sowohl privat betriebene wie auch von oeffentlicher Hand betriebene Videoueberwachungssysteme betreffen. Eine Anzeige

eines solchen Einsatzes muss erklaert und begruendet werden. Die Einhaltung des Datenschutzes durch die Betreiber solcher Systeme soll von Buergern mit ueberblickt werden koennen, zumindest sollen Sie eine Klagemoeglichkeit gegenueber Betreibern erhalten.

Begründung

Dieser Antrag entspricht unseren Kernkompetenzen und zielt insbesondere auf die Erhoehung der Transparenz der Verwaltung ab. Durch die Anzeige und Veroeffentlichung von Videoueberwachungsmassnahmen kann ueberhaupt erst das Ausmass oeffentlicher und privater Ueberwachung im oeffentlichen Raum ersichtlich gemacht werden. Eine Anfrage an den Landesdatenschutzbeauftragten hat ergeben, dass der Betrieb solcher Ueberwachungsmassnahmen bislang nicht anzeigepflichtig ist und der Landesdatenschutz deshalb nicht einmal eine Aussage zur Anzahl und den Gruenden von Ueberwachungssystemen machen kann.

X005 - Mindestens 200€ mehr für den Wahlkampf - Fördermitgliedschaft bei den Jupis beenden

Beantragt von Sebastian Staudenmaier

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesverband Baden-Württemberg beendet die Fördermitgliedschaft bei den „Junge Pirat*innen“. Auch Fördergelder für das aktuelle sowie vergangene Jahre sollen, sofern noch nicht bezahlt, nicht mehr ausbezahlt werden.

Begründung

Bei den „Junge Pirat*innen“ gibt es Bestrebungen, sich von der Piratenpartei los zu lösen. Dies wurde auch von einem Sprecher dieser Organisation so formuliert. Weiter hieß es, man wolle schon einmal für eine Zukunft als „unabhängige politische Jugendorganisation“ planen. Prinzipiell muss eine Jugendorganisation natürlich nicht vollständig auf der Linie der Mutterpartei sein. Da sich allerdings in der Piratenpartei und bei den Jupis die jeweils genau konträren Flügel innerhalb der jeweiligen Organisation durchsetzen konnten, sind kaum noch Gemeinsamkeiten gegeben. Auch Handreichungen z.B. des Bundesvorstands wurden zuletzt ausgeschlagen, als sowohl dem BuVo als auch dem Hessischen LaVo ein Besuch zum Camp bei dem auch die Jupi-BMV stattfand verwehrt wurde. Da in Baden-Württemberg sowieso kaum noch Jupi-Aktivitäten festzustellen sind wäre das Geld deutlich besser in unserem Wahlkampf aufgehoben. Wir als Piratenpartei sind im Vergleich zu anderen Parteien auch so jung genug.